

Soziale Politik & Demokratie

Für eine wirkliche sozialdemokratische Politik

Nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts

Gibt es einen Ausweg für Berlin, Hauptstadt des vereinten Deutschlands?

„Das Bundesverfassungsgericht lehnt mit seinem Urteilspruch den bundesstaatlichen Beistand für den Berliner Landeshaushalt ab, dessen Aussichtslosigkeit den Absturz der Hauptstadt in den sozialen Abgrund programmiert.

Damit hebt es die von der Verfassung im Rahmen des „solidarischen Föderalismus“ gebotene Beistandspflicht des Bundesstaates und den erforderlichen vollen Länderfinanzausgleich aus, Verfassungsinstitutionen, die die sozialstaatliche Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse gewährleisten sollen.

Es ist schwer zu übersehen, dass das Gericht sich hier zu einem Instrument der EU macht, nach der die Republik dem „Wettbewerbsföderalismus“ unterworfen werden muss und die dafür die Regierung der Großen Koalition zur Umsetzung der Föderalismusreform I und II drängt.



Kein Wunder, dass Merkel und andere Vertreter der Großen Koalition, sowohl der CDU/CSU als auch der SPD, Vertreter des Kapitals, sowie vor allem CDU-Länderministerpräsidenten, sich auf diesen Präzedenzfall stürzen. Berlin, die Hauptstadt des vereinten Deutschlands, wird aus der rechtlichen und sozialen Einheit der Republik herausgebrochen und soll „alleingelassen“ in eine Art europäische Region verwandelt werden, unter der direkten Fuchtel des europäischen Stabilitätspaktes und seiner Haushaltskonsolidierung.

Darauf gestützt, mahnen die Merkel usw. die Auflösung der Verfassungsinstitutionen des solidarischen Föderalismus durch eine Föderalismusreform II an. Merkel fordert „eine Neuordnung der Finanzbeziehungen zwischen Bund und Ländern nach dem Vorbild des Maastricht-Vertrages. In Europa hat der Maastricht-Vertrag bewiesen, wie hilfreich und wirkungsvoll Verabredungen

gegen immer neue Staatsschulden sein können.“

Das Bundesverfassungsgericht verbindet mit seinem Urteil eine detaillierte politische Programm„empfehlung“ an die Adresse der Berliner Landesregierung, und zwar direkt im Namen der Haushaltskonsolidierungspolitik entsprechend des EU-Stabilitätspaktes.

Dieses Programm demonstriert, wie „wirkungsvoll die Maastricht-Haushaltskonsolidierungspolitik gegen Staatsschulden“ sein kann. Weshalb die Merkel usw. das zum Anlass für eine wahre Treibjagd gegen Berlin nehmen:

„Das Bundesverfassungsgericht habe ein ‘unmissverständliches Urteil gesprochen’, sagte die CDU-Vorsitzende dem »Focus«. Danach müsse Berlin ‘sich erst mal selbst helfen und sparen, sparen, sparen – auch wenn es weh tut‘.“

(Forts. auf S. 2)

Zum Inhalt:

**DGB-Aktionstag 21. 10. 2006:
220.000 demonstrieren
gegen die Politik der
Großen Koalition**

**An die SPD-Bundestags-
abgeordneten:**

**„Stimmt mit Nein zur
Gesundheitsreform“**

**IRAK: Die von Bush
diktierte Ordnung**

(Der Tagesspiegel, 29. 10. 2006)

Das Gericht sieht für Berlin „Konsolidierungspotenziale erheblichen Umfangs“ bei der sozialen Sicherung, beim Personal im öffentlichen Dienst, bei Hochschulen und Wissenschaft. Es drängt zum Verkauf aller städtischen Wohnungen, des gesamten Bestands des kommunalen Eigentums. Die Milliarden Privatisierungserlöse, Einsparungen und Kürzungen sollen voll für die Bedienung der Schuldzinsen und für die Rückführung der Schulden umgesetzt werden, sollen also direkt in die Kassen der Banken und Spekulanten weitergereicht werden!

Welch ein barbarisch „wirkungsvoller“ Feldzug gegen die elementaren Errungenschaften gesellschaftlicher Zivilisation und der Demokratie zur Nahrung der Rendite des Finanzkapitals!

Wowereit beklagt sich über das Urteil, „das keine Solidarität vom Bund und den anderen Ländern einfordert und Berlin allein lasse“ (FAZ, 27. 10. 2006). Und er verkündet in seiner Regierungserklärung: „Ein hemmungsloser Wettbewerbsföderalismus ist mit uns nicht zu machen.“

So weit, so gut. Was aber wollen die Koalitionspartner Wowereit (SPD) und Wolf (PDS) dagegen setzen?

Beide bekräftigen ihre gemeinsame Absicht, eine „ganz strikte Haushaltspolitik“ und eine „konsequente Konsolidierungspolitik“ fortzusetzen. Das aber kann nur heißen konsequente Fortsetzung der Kürzungen, der sozialen Demontage, der Auslieferung der staatlichen Aufgaben an die Privatisierung für die strikte Bedienung der 2,45 Milliar-

den Euro jährlichen Schuldzinsen, sowie die Knebelung des Haushaltes für das Ziel, den 61 Milliarden Euro Schuldenberg abzutragen.

Wollen Wowereit und Wolf uns das Kunststück vormachen, den Teufel mit dem Beelzebub auszutreiben? Und was für ein Beelzebub:

Der SPD/PDS-Senat hat eine Pilotfunktion übernommen, als es darum ging, Berlin aus dem einheitlichen Besoldungs- und Dienstrecht für Beamte raus zu reißen; als es darum ging, Berlin aus dem einheitlichen Flächentarifvertrag im Öffentlichen Dienst, den BAT, raus zu brechen. Jetzt wird aus den Koalitionsabsprachen bekannt, dass das Besoldungssystem für Beamte radikal umgestaltet werden soll – hin zur „leistungsgerechten Bezahlung“. Der „Solidarpakt“ für die Beschäftigten des Öffentlichen Dienstes, den diese mit 8-12% Einkommenskürzungen bezahlt haben, soll über 2009 hinaus verlängert werden.

Sie planen weitere Kürzungen, die Fortsetzung des Abbaus von Arbeitsplätzen im Öffentlichen Dienst, flächendeckend in der ganzen Stadt und besonders in den landeseigenen Betrieben der öffentlichen Daseinsvorsorge.

Sie planen einen weiteren Privatisierungsschlag gegen die Universitätsklinik Charité, deren gesamte Krankenversicherung privatisiert werden soll.

Und PDS-Wolf feiert die Vereinbarung mit dem BSH-Konzern (Bosch-Siemens Hausgerätewerk), die die Liquidierung von vorerst 216 Arbeitsplätzen und den durchschnittlich 20%igen Lohnverzicht vorsieht, als „Sieg der Vernunft“.

Gibt es einen Ausweg für Berlin?

Kann es irgendwelche Maßnahmen zur Verteidigung und Wiederherstellung der sozialen Errungenschaften und des kommunalen Eigentums, zur Erfüllung der dringlichsten Forderungen der arbeitenden Bevölkerung und Jugend geben in dem Schraubstock der Verschuldung?

Diese Schulden sind nicht die der Bevölkerung, sondern die der industriellen Verwüstung Berlins und der Plünderung des öffentlichen Haushalts zu Gunsten der Banken und Spekulanten. Unter dem Verschuldungsberg gibt es kein Entrinnen, der muss die Stadt zermalmen. Es gibt nur den Ausweg, sich von dieser Last zu befreien.

„Ist es nicht zu einer Überlebensfrage für die Stadt geworden, dass sowohl die Schulden als auch die Schuldzinszahlungen von 2,45 Mrd. Euro jährlich annulliert werden“, diese Frage richten GewerkschafterInnen und SozialdemokratInnen an die SPD-Abgeordneten im Berliner Abgeordnetenhaus.

Annullierung der Schulden und Stopp der Schuldzinszahlung: heißt das aber nicht und verlangt das nicht den Bruch mit der Politik der bisherigen Senatszusammenarbeit von SPD und PDS und mit ihrem Willen des verschärften „Weiter so“? Zu brechen mit der Politik der Großen Koalition, die das Diktat der EU, des europäischen Stabilitätspaktes und der Haushaltskonsolidierung, der Privatisierung und der sozialen Demontage gegen die ganze Republik, die Länder und Kommunen richtet?

CARLA BOULBOULLÉ

IMPRESSUM

Soziale Politik & Demokratie erscheint 14-tägig. Für den Inhalt der Artikel sind jeweils die UnterzeichnerInnen verantwortlich. Für unverlangt eingesandte Manuskripte kann keine Gewähr übernommen werden. Nachdruck (mit Quellenangabe) ist erwünscht; bitte Belegexemplar zusenden.

NÄCHSTER REDAKTIONSSCHLUSS: 9. 11. 06

Redaktionsadresse:

Soziale Politik & Demokratie
Postfach 120 755; 10597 Berlin
Fax-Nummer: 030 / 313 16 62
E-Mail: Soziale.Politik.und.Demokratie@t-online.de - Bestellungen, Beiträge und Mitteilungen bitte an diese Adresse schicken. / www.soziale-politik-und-demokratie.de

Redaktion / HerausgeberInnen Berlin:

Carla Boulboullé, Rainer Döring, Udo Eisner, Volker Gernhardt, Ute Grahl, Gottfried Krupp, Volker Prasuhn, Birgit Schöller, Volkmar Schöne, Klaus Schröer, Hans Weigt, Axel Zutz

HerausgeberInnen:

Brandenburg: Bodo Fast
Nordrhein-Westfalen: Heinz-Werner Schuster, Inge Steinebach, Bodo Schoo, Beate Sieweke, Tina Hauptmann
Mecklenburg-Vorpommern: Lothar Hesse
Sachsen: Gaby Hahn, Cornelia Matzke
Sachsen-Anhalt: Karlheinz Gerhold (†), Axel Bachner, Hans Günther Rinkleib

Thüringen:

Klaus Schüller, Andreas Hähle
Hessen: Michael Altmann, Bettina Czölsch, Rudolf Schulz, Horst Raupp
Baden-Württemberg: Michael Futterer
Druck: gks-berlin; ISSN: 0941-6064
Der regelmäßige Bezug ist nur im Jahresabonnement möglich.
Jahresabonnement (inkl. Porto): 50,- Euro
Ermäßigtes Abonnement: 30,- Euro
In den Preisen sind 7% MwSt. enthalten.
Konto: C. Boulboullé, Berliner Volksbank (BLZ 100 900 00)
Kontonummer: 5629 455 002
V.i.S.d.P.: C. Boulboullé
Postfach 120 755; 10597 Berlin

Volker Prasuhn (SPD, ver.di)

DGB-Kundgebung, BERLIN – 21. 10. 2006**Fast 1000 Unterschriften für den Offenen Brief an die Bundestagsabgeordneten der SPD:****Weg mit der Gesundheitsreform – Stimmt mit NEIN!**

80.000 politisch engagierte ArbeitnehmerInnen, GewerkschafterInnen, SozialdemokratInnen versammelten sich auf der Kundgebung des DGB am 21. 10. 2006 am Brandenburger Tor.

10.000 GewerkschaftskollegInnen nahmen am Berliner Demo-Zug vom Roten Rathaus zum Brandenburger Tor teil.

Sehr viele Demonstranten kamen aus den ostdeutschen Ländern, stark vertreten waren hier die verschiedensten ver.di-Arbeitsloseninitiativen, sowie Hartz-IV-Initiativen.

Auch von KollegInnen vor allem aus Niedersachsen wurde immer wieder auf die hohe Arbeitslosigkeit in einzelnen Orten, auf den Abbau der Industriearbeitsplätze hingewiesen. Es waren viele Gewerkschaftsfahnen: DGB, IGM, IG BAU, ver.di, Transnet.

Mit großer Solidarität empfangen und besonders begrüßt vom Podium wurden die Berliner Kollegen von BSH, wo 2 Tage zuvor die IG Metall eine Vereinbarung mit Siemens getroffen hat, die am Freitag von 67% der Kollegen (die Beteiligung bei der Urabstimmung lag bei über 95%) abgelehnt wurde. Voller Wut reagierten die KollegInnen auf die Erklärung der IG-Metall-Führung, dass damit die Vereinbarung angenommen sei, weil nach Satzung der IGM 25% für den Streikabbruch reichen. Während der BR von BSH sprach, waren die wütenden, von Beifall begleiteten Sprechchöre der Kollegen unüberhörbar: „Wir wollen streiken.“

Ebenfalls begrüßt wurden die KollegInnen der Charité. Nach dem langen und heftigen Streik steht ver.di z.Z. wieder in Tarifverhandlungen.

Bsirske hatte in seiner Rede von der Bundespolitik eine Wende zugunsten sozialer Gerechtigkeit verlangt. Darauf eine Stimme: „Er hat die Politik richtig und sehr radikal angeklagt, (Hartz IV, Rente 67, Steuerumverteilung...), aber jetzt, was folgt? Was wird nach der Demo?“ „Warum marschieren wir nicht zur SPD-Fraktion oder zum Bundestag?“

„Sie beklagen die Entstehung einer ‘Unterschicht’, aber sie schaffen mit ihrer Politik ein Heer von Armen und Arbeitslosen.“

„Mein Sohn konnte zum letzten Quartalsende nicht zum Arzt gehen, ich hatte einfach kein Geld mehr. Das ist die Große Koalition!“

Viele drückten ihre große Verzweiflung aus, wie der Arbeiter aus einem Ort bei Göttingen. „14% sind bei uns arbeitslos. Was soll werden?“ „Sie verlagern für ihre Profite, wie Conti bei uns in Hannover. Sie expandieren in China, und wir stehen auf der Straße. Für uns und unsere Familien gibt es hier keine Zukunft.“

Unterstreicht das nicht die Dringlichkeit der Forderung, die von AfA-Kollegen in Berlin, zuletzt jetzt bei BSH, immer wieder erhoben wird: die bedrohten Betriebe, die Arbeitsplätze und die Vermögenswerte müssen unter staatlichen Schutz!

Vor allem von Berliner Gewerkschaftern wurde wiederholt die tiefe Sorge geäußert, „dass sich mit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts für Berlin ein Abgrund auftut...“. „Es war ein wirklicher Schock für mich. Sie wollen tatsächlich den Kahlschlag gegen alle unsere sozialen Einrichtungen, die Verscherbelung der sozialen Wohnungen...“. „Außerdem sollen wir im Öffentlichen Dienst über 2009 hinaus einen Sparbeitrag leisten. Dabei verzichten wir schon seit Jahren auf 10% des Lohns.“ „Wer kann akzeptieren, dass ein Bundesverfassungsgericht so gegen die Verfassung handelt, die die Bundesrepublik als demokratischen und sozialen Rechtsstaat definiert. Da fällt mir nur noch der Grundgesetzartikel 20 ein: gegen jeden, der diese Ordnung beseitigen will, haben alle Deutschen das Recht zum Widerstand! Das sollten wir ernst nehmen!“

„Die Große Koalition macht alles kaputt“

Im Zusammenhang mit der Unterschriftensammlung für den Offenen Brief an die SPD-Bundestagsabgeordneten: „Stimmt mit Nein zur Gesundheitsreform“ gab es sehr viele Gespräche, der Stand war ständig belagert, wurde nahezu überrollt. Darin drückte sich aus, dass die Arbeitnehmer und Gewerkschafter, von denen viele mit ihren Familien nach Berlin gekommen waren, nach einer Antwort suchen. Wir waren viel zu wenige am Stand, obwohl einige unserer Kontakte sich zum ersten Mal wirklich engagiert haben.

Neben der weit überwiegenden Zustimmung gab es auch Stimmen wie: „Es war

schon Schröder, der alles angefangen hat, nicht erst die Große Koalition. Beck und Müntefering verraten die SPD, sie haben, wie schon Schröder, keinen Platz in einer sozialdemokratischen Partei.“ „Ich unterschreibe trotzdem den Brief an die SPD-Abgeordneten, um sie gegen Beck und Co. zu stärken.“

Es wurde oft Skepsis in bezug auf die SPD-Abgeordneten laut: „Hoffentlich bleiben sie dieses Mal standhaft, mit der Gesundheitsreform geht es schließlich um unser ganzes Sozialsystem. Das Gesetz muss weg. Merkel muss weg!“ „Sie dürfen sich nicht länger erpressen lassen. Soll doch die Große Koalition platzen. Sie machen sonst noch alles kaputt“.

„Ihr sagt, dass auf allen Demos heute gesammelt wird. Hoffentlich kriegen wir so viel Unterschriften zusammen, dass wir nicht nur den Abgeordneten, die schon jetzt mit Nein stimmen wollen, den Rücken stärken, sondern weitere Zögernde überzeugen können! Ich nehme deshalb noch Listen mit.“

Mitglieder der PDS erklärten: „Unsere Abgeordneten der ‘Linken’ stimmen dagegen, aber das reicht ja nicht. Ich meine, sie dürfen sich nicht nur an die Brust klopfen und sagen, wir waren dagegen – aber das Gesetz ist durch, und wir, die Bevölkerung, zahlen den Preis. Wir werden sie auffordern, – vor allem die, die aus der SPD kommen –, mit den SPD-Abgeordneten gemeinsam initiativ zu werden, um das Gesetz vom Tisch zu fegen.“

„Ich werde die Unterschriftenlisten mitnehmen zu unseren Hartz-IV-Demos.“ So wie der Kollege aus Halberstadt in Sachsen-Anhalt nahmen auch andere z.B. aus Mecklenburg-Vorpommern Listen und Flugblätter mit, andere nahmen sie für die Busse mit. Eine neu angesprochene Berliner Kollegin aus dem Pflegebereich will sich weiter engagieren und auch zur Veranstaltung kommen.

Viele waren an der weiteren Information über die Gespräche mit Mitgliedern der SPD-Bundestagsfraktion interessiert.

„Es liegt an ihnen, diese verheerende Gesundheitsreform zu stoppen, Nein zu sagen! Das gilt dann auch für die schlimmsten Pläne zur Verschlechterung von Hartz IV, die weitere Steuerbelastung für uns Arbeitnehmer oder die Rente 67, für die ganze Politik der Großen Koalition.“

Solidarität mit den SPD-Abgeordneten, die diese Reform ablehnen

Die Kreisdelegiertenkonferenz der SPD Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf „fordert alle SPD-Bundestagsabgeordneten auf, die Gesetzespläne zur Gesundheitsreform, die Einführung des so genannten Gesundheitsfonds mit zusätzlichen Kopfpauschalen, abzulehnen, und unterstützt in voller Solidarität alle SPD-Abgeordneten, die sich für die Ablehnung dieser Reform einsetzen. (...) Mit der Einführung einer Zusatzprämie ist der Weg in ein unsolidarisches Kopfpauschalensystem geebnet. Die Zusatzprämie soll ab einem Beitrag von 8 Euro an eine Härtegrenze von einem Prozent des jeweiligen beitragspflichtigen Einkommens gebunden sein. Dies belastet in einem unverhältnismäßigem Ausmaß Geringverdiener und Arbeitslose, da ab einem Einkommen von unter 800 Euro im Monat mehr als ein Prozent des Einkommens für die kleine Kopfpauschale fällig würde...

Der Zusatzbeitrag drängt (... die Krankenkassen) hin zu einem Wettbewerb um einkommensstarke Mitglieder, bzw. zwingt die Kassen zu einer Verschlechterung ihrer Leitungen (...). Das kann nicht unser Weg sein. (...)

Die SPD tritt ein für den Erhalt des solidarischen und paritätisch finanzierten Systems der gesetzlichen Krankenkassen und des öffentlichen Gesundheitswesens (...).“

(Aus einem Beschluss der Kreisdelegiertenkonferenz vom 27. 10. 06, zur Weiterleitung an den Landes- und Bundesvorstand der SPD; an die SPD-Bundestagsfraktion.)



Berliner DGB-Kundgebung der 80.000 am 21. 10.: Gewerkschafter unterschreiben den Offenen Brief an die SPD-Abgeordneten „Stimmt mit Nein zur Gesundheitsreform“

Die Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AfA) Hessen-Süd „fordert den Parteivorstand und die SPD-Bundestagsfraktion auf, dem jetzt vorliegenden Gesetzentwurf zur Gesundheitsreform mit dem darin enthaltenen Gesundheitsfonds nicht zuzustimmen. Hauptsächlich dieser Gesundheitsfonds ist mit einer sozialdemokratischen Sozialpolitik nicht vereinbar – im Gegenteil, er widerspricht ihr. (...) Der Gesundheitsfonds ist die (von der CDU gewollte) Kopfpauschale unter Zwischenschaltung eines Umwegs. Der einmal eingeschlagene Weg zur Kopfpauschale ist nicht mehr umkehrbar.

Darüber hinaus ist der Gesundheitsfonds an drei Stellen für künftige unsoziale Entscheidungen anfällig: Zum einen entscheidet der Bundestag und nicht die Selbstverwaltung der Krankenkassen über die Beitragshöhe. Zum anderen lässt die gesetzliche Festlegung der Höhe des Arbeitgeberbeitrags eine weitere Verschiebung zu Lasten der Arbeitnehmer und damit eine wiederholte Verschiebung der paritätischen Finanzierung zu. Und schließlich ermöglicht der vorgesehene, ausschließlich von den Versicherten zu zahlende Zusatzbeitrag eine künftige Ausweitung dieser Belastung – wiederum ein Abweichen von der paritätischen Finanzierung.

Aus all diesen Gründen ist der Gesundheitsfonds und damit der vorliegende Gesetzentwurf für die Sozialdemokratie nicht zustimmungsfähig. (...)“

Frankfurt, den 31. Oktober 2006

Viele Nein-Stimmen und Enthaltungen in der SPD-Fraktion „Die Zustimmung ist längst nicht gesichert“ (Karl Lauterbach) (aus Pressemitteilungen)

Die »Financial Times Deutschland« berichtet am 25. 10. 2006 über die Diskussionen zur Gesundheitsreform in den Bundestagsfraktionen. „Überraschend viele Abgeordnete von CDU/CSU und SPD haben gestern ihrem Ärger über die Gesundheitsreform noch einmal Luft gemacht und der Reform in den Fraktionen die Zustimmung verweigert.“ Bei der SPD-Fraktion stimmten „je nach Angaben zwischen 20 und 30“ gegen den Gesetzentwurf. „Dutzende weitere Abgeordnete der Koalition enthielten sich bei den Abstimmungen.“

In der SPD „gab es zahlreiche prominente Gegner der Reform. **Karl Lauterbach** sagte gegenüber der Nachrichtagentur Reuters, die Zustimmung sei längst nicht gesichert. ‘Der Druck baut sich jetzt erst auf.’

Gegenüber dem Berliner »Tagesspiegel« sagte der SPD-Bundestagsabgeordnete **Wolfgang Wodarg**: „Er selbst werde keinesfalls zustimmen. Für die SPD seien die Pläne ein „Sprengsatz“. „Mit der Patientenbeauftragten **Helga Kühn-Mengel** kommt zudem heftige Reformkritik von einer Zugeordneten des Gesundheitsministeriums. Die SPD-Politikerin möchte unbedingt die geplanten Zuzahlungsregelungen für Krebspatienten und andere Schwerkranke aus dem Entwurf haben. (...) **Andrea Nahles**

(SPD/MdB) sprach von ‘Bedingungen’ für die Zustimmung. Gebe es keine Änderungen beim Finanzausgleich zwischen armen und reichen Kassen und beim Zusatzbeitrag für sozial Schwache, werde es ‘eng’. Scharfe Kritik äußerten auch **Marlies Volkmar** und **Hilde Mattheis** (beide SPD/MdB). Sie halte den Kompromiss ‘in der Anlage für falsch’, sagte Mattheis: ‘Der Gesundheitsfonds muss weg.’“ (Der Tagesspiegel vom 18. 10. 2006)

Wolfgang Wodarg sagte in bezug auf manche Zugeständnisse an Leute wie ihn: „Dass jetzt hier und da Bonbons verteilt werden, macht das Gesetz insgesamt auch nicht besser“, und **Karl Lauterbach** sieht die Zahl derjenigen in der SPD-Fraktion wachsen, die den Gesundheitsfonds entschieden ablehnen (zit. nach »Berliner Morgenpost«, 25. 10. 2006).

Ottmar Schreiner (SPD/MdB, Bundesvorsitzender der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen in der SPD) hat den Offenen Brief an die SPD-Bundestagsabgeordneten: „Weg mit der Gesundheitsreform! Stimmt mit Nein!“ unterschrieben, berichten die Initiatoren dieser Initiative aus NRW.

Henning Frey (SPD, GEW)
DGB-AKTIONSTAG AM 21. 10.:

220.000 gehen gegen die Politik der Großen Koalition auf die Straße!

Verpflichtet der „Warnruf aus der Mitte der Gesellschaft“ (DGB-Chef Sommer) nicht die SPD-Abgeordneten, die Gesetzespläne der Großen Koalition zu stoppen?

Mehr als 30.000 Demonstranten sammelten sich dichtgedrängt auf dem Höhepunkt des Aktionstages des DGB am 21. 10. auf dem Dortmunder Friedensplatz, einem Ort, für den die Dortmunder Stadtväter wohl manches vorgesehen hatten, aber nicht unbedingt, dass er eine solche Menschenmenge aufnehmen soll. Offensichtlich weit mehr Demonstranten als geplant hatten sich dort eingefunden.

Der Aktionstag in Dortmund, der mit zwei Demonstrationmarschsäulen, die eine vom Bahnhof, die andere von der Westfalenhalle, begonnen hatte, war geprägt von den Vertretern und Delegierten aus all den Streiks und Aktionen der zurückliegenden Monate.

Die Begrüßung der Delegationen der verschiedenen Betriebe vom Podium aus mutete sich wie eine Rückschau auf die anhaltende Serie von Streiks und Arbeitskämpfen an, die seit Beginn des Jahres alle Branchen durchziehen.

Ein „Kompromiss“ zu Lasten der arbeitenden Bevölkerung

Auf ihrer Landesarbeitnehmerkonferenz am 27. Oktober haben die Berliner AfA-GenossInnen mit ihrem Beschluss zur Ablehnung der Gesundheitsreform noch einmal deutlich zum Ausdruck gebracht, dass sie nicht bereit sind, diesen „Kompromiss“ zu Lasten der arbeitenden Bevölkerung hinzunehmen.

Sie verbinden ihre Stellungnahme gleichzeitig mit dem Aufruf an die Berliner Bundestagsabgeordneten der SPD, die Gesundheitsreform abzulehnen und auf dem kommenden Berliner Landesparteitag sich in gleicher Weise an die Bundestagsfraktion der SPD zu wenden.

Unterstützt wurden sie dabei von Ursula Engelen-Kefer, ehem. stellvertretende DGB-Vorsitzende und Angehörige des SPD-Parteivorstandes, die nach einem kritischen Referat bekundete: „Ich würde heute im Bundestag meine Hand auch nicht dafür heben.“

Es ging los mit den Kolleginnen und Kollegen aus den Industriebetrieben und den großen Industriegewerkschaften: Allein 1.000 Arbeiter von den Fordwerken in Köln waren gekommen. Die Opelaner aus Bochum waren da. Die Belegschaften von Siemens BenQ aus Bocholt und dem ebenfalls bedrohten BenQ-Tochterunternehmen Inservio, die mit großem Beifall bei ihrem Eintreffen auf dem Kundgebungsplatz von den restlichen Demonstranten begrüßt wurden.

Neben den Delegationen aus den Industriebetrieben waren auch die Kolleginnen und Kollegen aus dem Handel und dem Öffentlichen Dienst da: Die Busfahrer des Regionalverkehrs Köln, die für die Integration in den Flächentarifvertrag kämpfen; die Kolleginnen und Kollegen von der Allianz; die Vertreter aus dem Streik des Öffentlichen Dienstes – Unikliniken und Beschäftigten von Landeseinrichtungen und Universitäten; ebenso wie die Vertreter der Eisenbahner, die gerade erst in Streiks für den Erhalt ihrer Arbeitsplätze gestanden haben. Daneben demonstrierten viele Tausend andere aus allen Branchen und allen DGB-Einzelgewerkschaften.

Eine massive Beteiligung gab es auch bei den anderen Demonstrationen des DGB in vier anderen deutschen Städten. Insgesamt 220.000 Teilnehmer zählte der DGB. Die größte Demonstration fand mit 80.000 Teilnehmern in Berlin statt, auch hier weit mehr als ursprünglich erwartet.

Es ist ein Ausdruck für die Stimmung unter den Demonstranten an diesem Tag, dass mehr als 600 Unterzeichner den Offenen Brief an die SPD-Bundestagsabgeordneten für das Nein zur Gesundheitsreform in der kurzen Zeit während der Demonstration und Kundgebung des DGB am 21. 10. in Dortmund unterschrieben haben. Das fing schon in den Bussen aus Köln und Düsseldorf an, ging aber so richtig los, als der Stand für diese Initiative auf dem

Friedensplatz aufgebaut worden war: Die Leute kamen wirklich scharenweise.

Sie reagierten oftmals direkt auf das Transparent, auf dem dick stand: „Weg mit der Gesundheitsreform! SPD-MdBs: Stimmt mit Nein!“ Die Forderung nach dem Nein der SPD-Abgeordneten wurde ganz massiv und ganz breit unterstützt. Es gab praktisch niemanden, der nicht unterschrieb. Von den Unterzeichnern wie dem SPD-Ortsvereinsvorsitzenden aus Niedersachsen, der aus dem ehemaligen Wahlkreis von Gerhard Schröder kam, bis zu dem Kollegen und Thyssen-Betriebsrat aus Oberhausen, der nach 40 Mitgliedsjahren zähneknirschend aus der SPD ausgetreten war, sich aber immer noch als Sozialdemokrat versteht; von den Vertretern der Uniklinik Köln, die fast vollständig die Liste mit dem Hinweis unterschrieben haben: „Wir wissen, was uns droht!“, bis zu den vielen Kolleginnen und Kollegen aus den Erwerbslosenarbeitskreisen von ver.di und hauptamtlichen Gewerkschaftsfunktionären. Trotz dieser großen Zustimmung zur Unterschriftensammlung muss man aber auch sagen, dass es natürlich nicht allein die Gesundheitsreform war, die die Kolleginnen und Kollegen veranlasst hat, auf die Straße zu gehen: Es ist die Gesamtheit der Angriffe, die Angriffe auf die Arbeitsplätze, auf die Gesundheit, die Rente, die Arbeitslosenversicherung/Hartz, die gesamte Zerrüttung und der Verfall der Gesellschaft, den alle spüren, der alle tief beunruhigt und der den Widerstand von Millionen von ArbeitnehmerInnen auslöst.

Der DGB-Vorsitzende Sommer hat dies in seiner Rede auf der Kundgebung in Stuttgart aufgenommen: „Die Wahlerfolge der Nazis, die wachsende Politikverdrossenheit, die Abkehr von den großen Volksparteien, die Tatsache, dass immer weniger Menschen zur Wahl gehen, sollte nicht nur uns ein

(Forts. S. 6 oben)

Warnsignal sein“, sagte Sommer in Richtung der Regierung.

Liegt es nicht an den SPD-Bundestagsabgeordneten, diesen „Warnruf“ zu hören und ihn ernst zu nehmen? Liegt es nicht an ihnen, die Politik der Großen Koalition, die die ganze Gesell-

schaft in den Abgrund reißt, zu stoppen! Müssen sich nicht alle SozialdemokratInnen auf die Seite der 200.000 ArbeitnehmerInnen, der GewerkschafterInnen, der vielen, vielen Mitglieder der SPD stellen, die auf den Demonstrationen waren, und die unsägliche

Politik der Großen Koalition stoppen?

Das verlangt als allererstes das Nein zur Gesundheitsreform, – die nächste Woche am 25. 10. im Kabinett verabschiedet und noch in diesem Jahr im Bundestag beschlossen werden soll –, so wie es der Offene Brief verlangt!

Diskussion auf dem SPD-Unterbezirksparteitag in Köln:

Kann man in der Koalition noch durch Verhandlungen die Verteidigung der gesetzlichen Krankenversicherung durchsetzen?

Gibt es einen anderen Weg, als mit NEIN zu stimmen?

55 Delegierte von 232 unterstützten auf dem Unterbezirksparteitag der Kölner SPD am 28. Oktober die Einbringung eines Initiativantrags (s. Seite 7 oben), der die Kölner Bundestagsabgeordneten zu einem Nein zur Gesundheitsreform aufforderte.

Als der Initiativantrag aufgerufen wurde, ergriff u.a. der Kölner Bundestagsabgeordnete Rolf Mützenich das Wort. „Ich habe“, sagte er, „zusammen mit Karl Lauterbach in der Fraktion gegen die Einbringung des Gesetzentwurfs in das parlamentarische Verfahren gestimmt.“ Er wolle sich jetzt aber nicht durch ein Votum binden lassen. „Karl Lauterbach hat von der Fraktion den Auftrag bekommen, in den Verhandlungen mit dem Koalitionspartner noch das Bestmögliche durchzusetzen. Aber wie soll er verhandeln können, wenn wir jetzt schon festgelegt werden, mit Nein zu stimmen?“ Deshalb „bat“ er die Delegierten darum, den Initiativantrag abzulehnen.

Leider war es auf dem Parteitag nicht mehr möglich, diese Frage auszudiskutieren. Aber viele SozialdemokratInnen und erst recht die große Mehrheit der ArbeitnehmerInnen und GewerkschafterInnen werden sich fragen, auf welche Verhandlungen Rolf Mützenich hier noch setzt?

Ist es nicht so, dass seit der Vereinbarung der Eckpunkte Anfang Juli diesen Jahres sich die CDU/CSU mit Merkel an der Spitze in keiner Weise dazu hat bewegen lassen, von dem Gesundheitsfonds und der Einführung des Zusatzbeitrages abzurücken?

Bestehen sie nicht mit aller Vehemenz darauf, weil sie wissen, dass mit der Einführung des Gesundheitsfonds ihnen der größte Schlag gegen das solidarische und gesetzliche Krankenkas-

sensystem in Deutschland gelänge, den EU, Wirtschafts- und Unternehmerverbände schon so lange von ihnen fordern?

Macht Mützenich sich nicht etwas vor, wenn er jetzt noch auf Verhandlungen setzt? Gibt es nicht keinen anderen Weg, als jetzt mit Nein zu stimmen und der Regierung damit bei ihren Plänen in den Arm zu fallen?

In einem anderen Redebeitrag, einer persönlichen Erklärung, hatte Rolf Mützenich sich zuvor gegen die Behauptungen von Gerhard Schröder in dessen jüngster Buchveröffentlichung gewandt, in der Schröder der Fraktion vorgehalten habe, dass sie seine Politik nicht mehr verlässlich mittragen wollte. Rolf Mützenich hatte dazu erklärt, dass er in der Fraktion gegen Hartz IV gestimmt habe, in der Abstimmung im Bundestag allerdings dafür, weil er keinen sozialdemokratischen Kanzler stürzen wollte: „Das

entsprach dem Mandat der Bevölkerung!“ Lassen wir die Klärung der Frage, mit welchem Recht und unter Berufung auf welches Mandat Gerhard Schröder die Agenda 2010 im Bundestag durchgesetzt hat, an dieser Stelle einmal außen vor. Erneut stehen die sozialdemokratischen Abgeordneten allerdings wieder vor der Frage, ob sie einer „Reform“ eine Zustimmung geben, die nach Ansicht vieler ihrer eigenen Kollegen die Solidarität in der gesetzliche Krankenversicherung zerstört.

Auf welches Mandat will sich Rolf Mützenich jetzt berufen? Wenn er sich auf das Mandat der Betroffenen, der ArbeitnehmerInnen, der sozialdemokratischen Wähler und GewerkschafterInnen, der 200.000, die am vergangenen Samstag demonstriert haben, stützen will, dann kann er nur mit Nein stimmen!



Fahne der IG-Metall-Jugend auf der DGB-Demonstration in Dortmund am 21. 10. 06

Initiativantrag an den Kölner Unterbezirksparteitag der SPD am 28. 10. 2006

Der am 25. 10. von der Regierung in das Gesetzgebungsverfahren eingebrachte Gesetzentwurf hält an der Einführung des Gesundheitsfonds und des Zusatzbeitrages für die gesetzlich Versicherten fest.

Die Kölner SPD hat auf der letzten Sitzung des Unterbezirksausschusses eine Resolution zur Gesundheitsreform verabschiedet. In dieser Resolution heißt es:

„Die KölnSPD lehnt die folgenden Eckpunkte entschieden ab:

– die Einführung eines Gesundheitsfonds, – einen Zusatzbeitrag der Versicherten, – die Festschreibung der maximalen Höhe des Arbeitgeberbeitrages.“

Aus diesem Grund fordert der Unterbezirksparteitag der Kölner SPD die SPD-Bundestagsabgeordneten aus Köln auf, dem Gesetzentwurf ihre Zustimmung zu verweigern, und mit Nein zu stimmen.

Begründung:

Zur Begründung verweisen wir auf die UBA-Resolution, in der darauf verwiesen wird, dass der geplante Gesundheitsfonds im Widerspruch zur Solidarität in der gesetzlichen Krankenversicherung steht:

„Krankenkassen, die mit den Fondsmitteln nicht auskommen, müssen pauschale oder einkommensbezogene Zusatzbeiträge von den Versicherten erheben. Die Zusatzprämie soll an eine Härtegrenze von einem Prozent des jeweiligen Haushaltseinkommens gebunden sein. Bis zur Hälfte der Haushalte werden bereits zum Zeitpunkt der Einführung einen Zusatzbeitrag bezahlen müssen. Der Zusatzbeitrag lenkt den Wettbewerb der Krankenkassen weg von einem Wettbewerb um bessere Qualität hin zu einem Wettbewerb um einkommensstarke Mitglieder. Eine Krankenkasse mit vielen gering verdienenden Mitgliedern kann ihren Haushalt durch den Zusatzbeitrag nicht sanieren. Da die Zusatzbeiträge nicht in den Finanzausgleich der Kassen einbezogen sind, ist für die Krankenkassen entscheidend, ob sie in Zukunft die Zahl ihrer einkommensstarken Mitglieder erhöhen können.

Um die Zusatzbeiträge im Rahmen halten zu können, werden die Krankenkassen viele Satzungsleistungen, die sie bislang freiwillig finanzieren, aus ihrem Leistungskatalog streichen müssen. Dabei handelt es sich in der Regel um

Leistungen für Mütter, Kinder und sozial Schwache.

Der Zusatzbeitrag erhöht bereits zum Zeitpunkt der Einführung den bereits bestehenden Sonderbeitrag von 0,9 um ein weiteres Prozent des Nettoeinkommens. Jetzt will die CDU die Deckelung des Zusatzbeitrages wegsprengen. Ziel der Union ist es, alle weiteren Kostensteigerungen auf die privaten Haushalte zu verlegen.

Mit dem Gesundheitsfonds ist das Einfrieren des Arbeitgeberbeitrages angedacht. Dies wäre der endgültige Abschied aus der paritätischen Finanzierung. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zahlen derzeit bereits deutlich mehr und werden in Zukunft alleine das Risiko für einen steigenden Beitragssatz über die Gesundheitspauschale tragen. Die Parität muss wiederhergestellt werden!

Über die Höhe der Einzahlung in den Gesundheitsfonds soll in Zukunft der Gesetzgeber entscheiden. Dies würde der Selbstverwaltung die Finanzhoheit entziehen und wäre die faktische Entmachtung der Selbstverwaltung durch Versicherte und Arbeitgeber.“

FRANKFURT / M.: Die KollegInnen wollten gegen die Große Koalition demonstrieren!

Am 21. Oktober versammelten sich auf dem Frankfurter Römerberg über 20.000 Kolleginnen und Kollegen. Auf der Kundgebung waren vor allem Kolleginnen und Kollegen der IG Metall aus Rheinland-Pfalz und Saarland, aber auch ver.di und IG BAU vertreten. Die Stimmung war gegen die Politik der Großen Koalition, vor allem die Gesundheitsreform, gegen die Rente mit 67 Jahren, die Einschränkung des Kündigungsschutzes, aber auch für die Rücknahme von Hartz IV gerichtet.

Mitglieder der Frankfurter Redaktion der »Sozialen Politik und Demokratie« haben Unterschriften an die SPD-Abgeordneten gegen die Gesundheitsreform gesammelt. Die Unterschriftensammlung wurde von der AfA und Juso-KollegInnen übernommen, die selbst gesammelt haben. Wir haben vor allem auf die Stellungnahme von Wolfgang Wodarg hingewiesen: „Gesundheitsversorgung ist wichtiger als Große Koalition – wir müssen die SPD-Abgeordneten unterstützen, die gegen die

Gesundheits"reform" stimmen wollen.“

Die Reaktion war heftig wie selten zuvor: Das hat zur Unterschrift geführt. Die Kolleginnen und Kollegen haben busweise unterschrieben und auch Listen mitgenommen, mit denen sie in ihren Betrieben sammeln wollen. Zusätzlich zu den 200 Unterschriften, die gesammelt wurden, kursieren also auch weitere Listen. Wenn mehr von uns da gewesen wären, hätten wir von Jedem eine Unterschrift erhalten können.

Vertreter von Vertrauensleutkörpern und Betriebsräte waren einverstanden, ihre E-Mail-Adresse zu geben, weil sie Interesse hatten, über die Vorbereitung von Delegationen zu den SPD-Abgeordneten zu hören.

Viel Beifall bekam IG-BAU-Vorsitzender Klaus Wiesehügel, der gegen die Politik der Großen Koalition donnerte. An einer Stelle gab es allerdings Irritationen bei den Kolleginnen und Kollegen, als er sagte: „Wir wollen keine Regierung stürzen, wir wollen keine Koalition spalten –



Düsseldorfer Demo am 17. 10.

es geht auch anders, allerdings nicht von alleine.“ Für die Kolleginnen und Kollegen war das unverständlich, weil sie zur Kundgebung gekommen sind, um gegen die Große Koalition zu demonstrieren.

Korrespondent aus Frankfurt am Main

Die große Mehrheit der KollegInnen will weiter kämpfen für den Erhalt der Arbeitsplätze

BERICHT von der Delegation der Berliner AfA zum Werk Bosch Siemens Hausgeräte Spandau

Am Mittwoch, dem 18. Oktober, fanden sich ein Dutzend GenossInnen der Berliner AfA im Streikzelt der KollegInnen von BSH ein. Sie wurden von dem Betriebsratsmitglied Hüseyin empfangen. Der Kollege erläuterte zunächst die Situation. Demnach befanden sich die KollegInnen zu diesem Zeitpunkt seit 4 Wochen im Streik gegen den am 20. Juli verkündeten Schließungsbeschluss der Konzernleitung für die Produktion mit etwa 600 Beschäftigten (Anfang der 1990er Jahre hatte das Werk in Spandau noch 3.500 KollegInnen Arbeit geboten!).

Sie hatten während dieser Wochen im Rahmen eines „Marsches der Solidarität“ unter anderem Delegationen zu anderen von Schließung und Entlassung bedrohten Belegschaften (u.a. BenQ Kamp-Limfort) organisiert und für den nächsten Tag einen gemeinsamen Protest verschiedener Bosch-Siemens-Standorte vor dem Siemens-Hauptquartier in München vorbereitet. – Am selben Tag hatte ihnen die IG Metall jedoch einen von ihr ausgehandelten „Kompromiss“ präsentiert, der die Entlassung von einem Drittel der Belegschaft, 20% Lohnkürzungen und Mehrarbeit für den Rest bei einer Standort-sicherung bis 2010 beinhaltete. Gleichzeitig sollte die Belegschaft den Abbruch der Proteste außerhalb Berlins zusagen.

Als die KollegInnen über diesen „Kompromiss“, den die Tariffkommission mit nur einer Stimme Mehrheit gebilligt hatte, unterrichtet wurden, gab es wütende Reaktionen. Einige zogen ihre IG-Metall-Westen aus und warfen sie auf das Podium. Sie waren „enttäuscht und stinksauer“.

„Die IG Metall ist unserem Kampf in den Rücken gefallen“, war die Position vieler Kollegen.

Der Betriebsrat wies in seinem Bericht gegenüber der AfA darauf hin, dass die KollegInnen versuchten, den Arbeitskampf auf den Erhalt aller Arbeitsplätze zu konzentrieren. „Wir müssen weg vom Standortsterben hin zu einer Politik der Verteidigung aller Arbeitsplätze im Gesamtkonzern.“ Die Produktion sollte nach Polen verlagert werden, um mit den eingesparten Lohnkosten die Rendite zu erhöhen.

„Kein Sozialplan ist ein Ersatz für einen Arbeitsplatz!“ Diese bittere Erfahrung hatten wenige Monate zuvor auch schon die KollegInnen von Samsung,

Ohrenstein und Koppel und JVC machen müssen. Immer hatte die Berliner IG-Metall-Führung dem Kampf um den Erhalt aller Arbeitsplätze und der Produktionsstandorte einen möglichst teuren Sozialplan entgegengestellt.

Auch bei BSH werden die entlassenen KollegInnen nur Hartz IV und Ein-Euro-Jobs erwarten, das Durchschnittsalter liegt bei 46 Jahren, die meisten sind mindestens 20 Jahre im Betrieb. Deswegen hatte sich die Belegschaft geschworen: „Wir wollen leben und uns nicht mit Hartz IV ins soziale Elend stürzen lassen“, wie es ein Kollege ausdrückte.

„Wir wollen leben“

In der anschließenden Diskussion wurde sehr schnell deutlich, dass die Strategie der IG Metall keine Lösung darstellen kann und dass die KollegInnen ihr unbedingtes Festhalten an der Verteidigung aller Arbeitsplätze zu Recht ins Zentrum ihres Kampfes gestellt haben. Die Ablehnung des „Kompromisses“ wirft aber die Frage nach der Alternative auf, wenn die Konzerne ihre Entscheidungen gegen die Proteste und Appelle der politisch Verantwortlichen und dank einer „kompromiss“-bereiten IG-Metall-Führung durchsetzen.

Die fortgesetzte Zerstörung von Arbeitsplätzen trägt bei zur Gefährdung der Lebensfähigkeit der Stadt, Steuereinnahmen und Kaufkraft gehen verloren und treffen damit die Gesamtbevölkerung aufs schlimmste. Es gab zwar viele Solidaritätserklärungen, so auch von Berlins Regierendem Bürgermeister Wowereit (SPD), der Spandauer Bezirksverordnetenversammlung u.a., aber keine praktischen Schritte für den politischen Schutz der Betriebe und Arbeitsplätze. „Wir brauchen ein politisches Eingreifen für den Erhalt der Arbeitsplätze“, formulierte dann auch folgerichtig ein Kollege von den Berliner Verkehrsbetrieben BVG.

Eine wichtige Orientierung gibt nach wie vor der von Berliner GenossInnen eingebrachte AfA-Beschluss der Bundeskonferenz im April: „Die AfA setzt sich ein für ein Verbot jeder Entlassung und Betriebsschließung, nur um die Renditequote zu erhöhen. Wenn die Unternehmer dagegen handeln, muss ihnen die Entscheidung aus der Hand genommen

und der Betrieb und die Arbeitsplätze unter staatlichen Schutz gestellt werden, mit allen materiellen Konsequenzen (wie Rückgabe aller erhaltenen Vorleistungen und Subventionen, aber auch Sicherstellung der von der Belegschaft geschaffenen Gewinne und Vermögenswerte).“

In der inzwischen erfolgten Urabstimmung haben 67% der BSH-KollegInnen den „Kompromiss“ der IG Metall abgelehnt (bei 95% Beteiligung), aber die IG Metall hat den Streik dennoch für beendet erklärt, da 25% Zustimmung zur Annahme eines Ergebnisses ausreichen. Am 21. Oktober demonstrierten BSH-Beschäftigte mit den 10.000den anderen KollegInnen auf der Demonstration des DGBs und riefen „Wir wollen streiken!“

Heißt das nicht, trotz aufgezwungenem IG-Metall-„Kompromiss“ die Diskussion und den Kampf dafür fortzuführen, wie die Arbeitsplätze bei BSH – und andernorts – verteidigt werden können?

Heißt das nicht – anders als es der BSH-Betriebsrat formulierte: „Wir können jetzt nicht Wowereit und Wolf das Problem vor die Füße werfen“ –, sich mit den KollegInnen direkt an die politisch Verantwortlichen in der Stadt zu wenden für den Erhalt aller Arbeitsplätze? Sich nicht mit der Position von PDS-Senator Wolf abzufinden, der den „faulen Kompromiss“ der IG Metall als einen „Sieg der Vernunft“ bezeichnet und damit Arbeitsplatzvernichtung, Lohnabsenkung und das Auslaufen der Produktion am Spandauer Standort legitimiert?

Als GenossInnen der Berliner AfA sollten wir dafür sorgen, dass auf dem kommenden SPD-Landesparteitag erneut die Frage diskutiert werden muss, wie von politisch verantwortlicher Seite (den sozialdemokratischen Abgeordneten und dem SPD/PDS-Senat) der Verletzung der Sozialpflichtigkeit des Eigentums (GG Art. 14) begegnet und ein politischer Schutz der Arbeitsplätze und des Produktionsstandortes durchgesetzt werden kann. Kann es eine andere Lösung geben als die Entscheidung des SPD/PDS-Senats, die industriellen Arbeitsplätze Berlins unter seinen politischen Schutz zu stellen?

AXEL ZUTZ

(Mitglied im AfA-Landesvorstand)

Zum Tarifabschluss bei der Charité

Das folgende Interview mit Kati Ziemer wurde schon am 15. 10. 06 gemacht, d.h. vor Abschluss der Tarifverhandlungen. Nach dem jetzt von ver.di ausgehandelten Tarifvertrag soll das Gehalt der nichtärztlichen MitarbeiterInnen bis 2008 schrittweise auf 4,4% erhöht und damit dem TVÖD angeglichen werden. Allerdings gibt es dafür Kürzungen beim Weihnachts- und Urlaubsgeld. Die Unterschiede zwischen den Ost- und Westtarifen sollen in den kommenden vier Jahren größtenteils aufgehoben werden. Bis Ende 2012 sind betriebsbedingte Kündigungen ausgeschlossen, doch der Arbeitgeber kann Personal versetzen und die Gehälter den neuen Aufgaben anpassen – auch nach unten.

Dieser Tarifabschluss zeigt erneut, dass der TVÖD alle Schleusen für die Aufspaltung durch Differenzierungen, Öffnungsklauseln und Privatisierungen öffnet. So konnte auch nicht erreicht werden, dass der ausgegliederte Arbeiterbereich (CFM) angebunden wird (Kati Ziemer). Und „wir haben es nicht geschafft, den geplanten Stellenabbau an der Charité zu verhindern“, erklärt Carsten Becker (Vorsitzender der ver.di-Betriebsgruppe und der gewerkschaftlichen Tarifkommission), der den Abschluss dennoch „im Großen und Ganzen als sehr positiv“ bewertet. Hätte das aber nicht den Kampf von ver.di für die Aufhebung und Rücknahme aller Kürzungen durch den Senat verlangt, die schließlich Lohnsenkungen, Personal- und Leistungsabbau erzwingen?

Bei der Charité selbst gibt es unterschiedliche Tarifverträge mit verschiedenen Gewerkschaften. Deshalb hatten die KollegInnen auf ihren Plakaten zentral die Losung: „Ein Betrieb, eine Gewerkschaft, ein Tarifvertrag!“ Die KollegInnen der Charité hatten zu Beginn des Arbeitskampfes auch gefordert, dass zwingend eine gemeinsame fachbereichsübergreifende Antwort von ver.di gegeben werden müsse. Tatsächlich wurde der Streik der KollegInnen der Charité, für die jetzt ein eigener Haustarifvertrag abgeschlossen wird, auch von den anderen Bereichen des öffentlichen Dienstes, wie BVG, von den Beschäftigten in den anderen Berliner Kliniken (Vivantes...), abgespalten, sowie von den anderen Unikliniken und den Ärzten.

Zeigt aber das Ergebnis nicht erneut, dass es keinen anderen Weg gibt, als dass der gesamte öffentliche Dienst unter der Verantwortung der Gewerkschaft ver.di vereint in den Kampf geführt wird: für einen einheitlichen Flächentarifvertrag auf Grundlage der einheitlichen Errungenschaften, einheitlicher Arbeitszeit und Lohn, wie sie im BAT zum Ausdruck kamen? - **Gotthard Krupp**

„Für einen Verzicht sind wir nicht in den Streik gegangen“

INTERVIEW mit **Kati Ziemer** (Mitglied im ver.di-Bezirksvorstand Berlin und der ver.di-Betriebsgruppe Charité)

Frage: Die KollegInnen der Charité haben mit großer Kampfbereitschaft gestreikt. Worum ging bei dem Streik? Welche Forderungen hattet Ihr?

Kati Ziemer: (...) Unsere Forderungen waren u.a.: Weg mit der Drohung der betriebsbedingten Kündigungen. Gleiche Arbeitsbedingungen und Bezahlung für Ost, West und neue Arbeitsverträge. (AVR) Schluss mit der Tarifflicht. Nachholung des Potsdamer Abschlusses 2003. Arbeitsbedingungen verbessern, Unterbesetzungen auf den Stationen, weiteren Einsparmaßnahmen entgegenwirken, keine Minderung der Pflegequalität. Keine Überstunden mehr in den OPs.

Frage: Wie war die Resonanz bei den Patienten, in der Bevölkerung oder auch bei den KollegInnen aus anderen Bereichen des öffentlichen Dienstes?

Kati Ziemer: Mit dem Scheitern der Verhandlungen war klar, dass die Kollegen nicht verzichten werden. Nicht, nach dem Abschluss mit dem Marburger Bund, der die Charité jährlich 10 Mio. Euro kostet.

Bei den Streikaktionen sind wir größtenteils auf Zustimmung und Verständnis gestoßen. Unterstützerunterschriften wurden spontan gesammelt, nicht nur auf dem Gelände der Charité, bei Patienten, Besuchern und Kollegen, auch in Aktionen außerhalb des Campus z.B. am Leopoldplatz, in der U-Bahn und auch während der Demos.

Andere Unterstützungen kamen in Form von Grußadressen und Solidaritätserklärungen von Kliniken, Betrieben aus ganz Deutschland und auch von Gewerkschaftsorganisationen aus London, Brüssel und Genf. Uni-Kliniken, die erst kürzlich gestreikt haben.

Vor Ort fanden sich in den Streiklokalen an allen drei Standorten, Besucher aus Berliner Betrieben, wie der BVG, BSR. Der Betriebsrat von Vivantes, Vertreter des Gewerkschaftsrates, Bundesfachbereich, Bezirk Berlin und Landesbezirk. Nicht zu vergessen die gegenseitigen Besuche von Kolleginnen beim IG-Metall-Betrieb BSH. Kolleginnen brachten Kuchen und Obst für die Streikenden vorbei.

Frage: Wie schätzt Du den Tarifkompromiss ein?

Kati Ziemer: Eine unserer Hauptfor-

derungen war: „Zurück in den Kommunalen Arbeitgeberverband (KAV)“, daraus ist eine Tarifbindung geworden, ohne verpflichtende Maßnahme, in den KAV einzutreten (leider). Diese Forderung kriegen wir in dieser Tarifrunde nicht erfüllt. Dies bleibt für die Zukunft.

Für die Charité wird jetzt ein Haustarifvertrag abgeschlossen. Wieder eine Extralösung, keine bundesweite Anbindung.

Es war unser eigentlicher Plan gewesen, mit den anderen Unikliniken in die Auseinandersetzung zu gehen, um eben diese Gemeinsamkeit zu erreichen. Doch leider haben wir das nicht geschafft.

Wir waren im Frühjahr noch nicht so weit, da war überhaupt noch nicht klar, wie unser weiterer Weg sein wird, ob wir überhaupt in den Streik gehen.

Ich versuche es mal so zu umschreiben, weder die ver.di-Führung, noch der Bezirk Berlin und unser Fachbereich 3 hat uns bis zu einem bestimmten Zeitpunkt ernst genommen. (Das, glaube ich, hatte mit den Wahlen in Berlin zu tun. Je länger wir ruhig gehalten werden, umso besser. Wir wurden regelrecht verhindert und hingehalten.)

Mit der Entscheidung, die Tarifverhandlungen abubrechen, und mit der Urabstimmung hatte sich das verändert. Mit der Entschlossenheit unserer Kolleginnen in den OP-Bereichen haben wir eine große Kampfkraft entwickelt.

Der Tarifvertrag kann nur mit einem positiven Ergebnis abgeschlossen werden. Das heißt, die Erfüllung unserer Forderungen.

Für einen Verzicht sind unsere KollegInnen nicht in den Streik gegangen. Das war mit dem Abschluss des Tarifvertrages mit dem Marburger Bund allen KollegInnen klar.

Wir sind auf dem Weg, mit dem Arbeitgeber einen Tarifvertrag zu schließen. Das heißt aber, immer Kompromisse eingehen zu müssen. In dem Paket stecken auch Kröten. (Da die Verhandlungen noch nicht abgeschlossen sind, kann ich dazu noch nichts sagen.)

Was wir auch nicht geschafft haben, ist eine Anbindung für die CFM. Hier muss eine tarifvertragliche Lösung nun extra mit dem FB 13 und der Geschäftsführung der CFM verhandelt werden.

Winfried Lätsch (NGG)

Privatisierungsfolgen, oder „Früher war alles (?) besser“

Alles hat seine Zeit.

Es gibt eine Zeit, zu der packt man Kind und Kegel zusammen und zieht gemeinsam ins nächste Freibad.

Und es gibt eine Zeit, in der man den Trenchcoat (Regenwetterübergangsmantel) hervorholt, um ihn bei Bedarf einzusetzen. Beide Zeiten können zur gleichen Jahreszeit eintreten; gleichzeitig tun sie das i.d.R. jedoch nicht!

Worum geht es?

Es geht darum, dass bei Außentemperaturen von über 25 ° Celsius – das war bis zur letzten Woche im September so – die Sommerbäder in Berlin geschlossen bleiben.

Und es geht darum, wie dieser Umstand begründet wird!

Michael Schenk – Vorstand der Berliner Bäderbetriebe – bestätigt: (Tagesspiegel, 39. Woche)

- Ja, wir müssen die Sommerbäder ab 4. September schließen.
- Das Personal wird für die Hallenbäder benötigt, um Schul- und Vereinsschwimmen nach den Schulferien sicherzustellen.
- Zusätzliches Aushilfspersonal könne wg. fehlender Finanzmittel nicht eingestellt werden. In der Vergangenheit konnten die Öffnungszeiten flexibler gehandhabt werden; jetzt sei dafür kein Geld mehr vorhanden!
- Der Zuschuss der Landesregierung habe sich inzwischen auf 35 Mio. Euro fast halbiert.

Dass es möglich ist, mit den Bedürfnissen ihrer „Landeskinder“ auch bedarfsgerechter umzugehen, zeigen die Verantwortlichen in den Städten Hamburg und München. München bspw. bie-

tet auch im Winter ein Freibad mit 50-Meter-Becken sowie ein Sprudelbecken an!

Das, so M. Schenk, kann sich der „größte kommunale Badbetreiber in Europa“ (Eigenwerbung BBB) wg. der unterschiedlichen Betreiberstruktur nicht leisten. „Die Münchener Stadtwerke liefern ihren Bädern kostengünstig Strom und Wasser“, so M. Schenk.

Die Berliner Bäderbetriebe als Anstalt Öffentlichen Rechts müssen Elektrizität auf dem Strommarkt zu marktüblichen Preisen einkaufen. Auch das Wasser müsse bei den teilprivatisierten (49,9%) Wasserbetrieben zu den entsprechenden Preisen eingekauft werden.

Es gab in Berlin eine Zeit, in der u.A. die Bewag und die Wasserwerke im Verbund der Eigenbetriebe von Berlin zusammengefasst waren. Damals war es auch in Berlin noch möglich, per Quersubventionierung die Leistungen bestimmter Segmente der „Öffentlichen Daseinsvorsorge“ zu sozialverträglichen Preisen anzubieten.

Dies war möglich, weil es von den Protagonisten politisch so gewollt war!

Später begannen dann die „Einflüsterer des Neoliberalismus“ ihr Werk, und die Politikerinnen und Politiker waren ganz Ohr!

– Ausgliedern, privatisieren, verkaufen ist die Devise!

– ÖPP (Öffentliche-Private Partnerschaft) bzw. PPP (public private partnership) ist angesagt;

das bringt Geld in die Verwaltungskassen. Das macht Euch das Regieren/Verwalten leichter!

So braucht Ihr Euch nicht ernsthaft mit den Unternehmen und dem Kapital anlegen, um ihnen eine adäquate Besteuerung abzuverlangen.

Dies Beispiel zeigt auf klare Weise, wohin Privatisierung, bzw. Ausgliederung als Vorstufe zur Privatisierung, führt.

In München sind die Wasserwerke, Strom- und Wärmeerzeugung, Erdgasversorgung und Bäderbetrieb in den „Stadtwerke München“ zusammengefasst. Das ist natürlich eine Voraussetzung dafür, um per Quersubventionierung politisch begründete Preise in ausgewählten, sozialen Bereichen zu erzielen.

Das bedeutet praktisch, dass sich alle

Wasserverbraucher an den Kosten des Bäderbetriebs beteiligen. Was wiederum zu sozialverträglichen Preisen führt. Dass das nicht mit erhöhten Wasserpreisen finanziert werden muss, zeigt ein Vergleich:

Ein Haushalt in München zahlt für 94 cbm p.a. 140 Euro; in Berlin kostet die gleiche Menge 217 Euro.

Ein Preisvergleich der Bäderbetriebe zeigt: Durchschnittspreis München 2,65 €, Berlin 3,52 €.

Bei den Stromkosten habe ich nur die Preisliste für Privatverbraucher verglichen; in diesem Bereich sind die Kosten etwa gleich.

Dies zeigt: Eine andere Politik ist möglich.

Landkreis Uckermark (Brandenburg) verstaatlicht Müllabfuhr

In der Uckermark, einer der ärmsten Gegenden Deutschlands, machte der Landkreis die Erfahrung, dass Privatisierung teuer zu stehen kommt.

„Die privaten Partner hätten das Geld verdient, während das Risiko bei uns geblieben wäre“, erklärt dazu Landrat Klemens Schmitz (SPD).

Die Privatisierung bedeutet, dass die Löhne der Beschäftigten dramatisch sinken (z.T. bis zu 50%) und der Urlaub gekürzt wird. Das zeigt das Beispiel des Muldentalkreises in Sachsen. Außerdem entstanden soziale Folgekosten, weil Beschäftigte mit dem neuen gekürzten Gehalt ihre Wohnungen nicht mehr bezahlen konnten. Allein das zu zahlende Wohngeld wird den Muldentalkreis mehr kosten, als er bei seiner Abfallbeseitigung angeblich mit der Vergabe an Private spart.

„Wir haben gesagt, das machen wir selbst“, so Klemens Schmitz. Der Landkreis wird es nicht länger zulassen, dass ein privater Investor mit einer öffentlichen Aufgabe eine zweistellige Rendite erzielt. Die Fahrer und alle neu eingestellten Kollegen beziehen weiter ihre Tariflöhne – und die Kosten für den Landkreis sind in diesem Jahr voraussichtlich um eine Million Euro niedriger als im letzten.

Anfang 2007 wollen auch die Kreise Rhein-Sieg und Neckar-Odenwald dem Beispiel der Uckermärker folgen. (zit. nach »Die Zeit«, 28. 9. 2006) - C.B.

LETZTE MELDUNG

Wird die Charité privatisiert?

Wie jetzt bekannt wurde, gibt es Pläne, die Krankenversorgung, bisher Gliedkörperschaft öffentlichen Rechts, in eine Anstalt öffentlichen Rechts umzuwandeln.

Um 98 Millionen Euro hat der Senat die Finanzmittel bei der Charité schon gekürzt. Bis 2010 sollen 1.600 Vollzeitkräfte „freigesetzt“ werden.

Das ist die Vorbereitung auf die Privatisierung des Uniklinikums.

Hartz IV: „Sozialdemokratie bedeutet für uns nicht, auf denjenigen herumzut trampeln, die schon am Boden liegen.“

Große Empörung lösten in der Frankfurter SPD die Äußerungen von Beck und Tiefensee aus, den Druck auf die Arbeitslosen noch zu erhöhen und beim Arbeitslosengeld II weiter zu kürzen. Der Vorstand des Ortsvereins Nordweststadt III-Süd entschied auf Initiative seines Vorsitzenden, einen parteioffenen Brief an die SPD-Parteiführung zu schreiben. Viele Ortsvereine schlossen sich diesem Brief an.

»Frankfurt am Main,
19. Oktober 2006

*Lieber Genosse Beck,
Lieber Genosse Tiefensee,*

mit Erschrecken verfolgen wir als SPD-Mitglieder die aktuelle Diskussion um die weitere Kürzungen der Leistung für ALG-II-Empfänger. Befremden hat ein Artikel in der FAZ vom 5. Oktober 2006 ausgelöst, in dem u.a. heißt:

»Es gebe „einen nennenswerten Personenkreis, der sich in Hartz IV eingerichtet hat und sich nicht als Bittsteller empfindet“, sagte Lehn der F.A.Z. Diese „Mitnahmentalität“ müsse durchbrochen und „Übersorgung“ abgebaut werden, weil die Mittel sonst denen fehlten, die sie nötig hätten. Eine stärkere Anrechnung der Hinzuverdienste sei daher sinnvoll.“

Und weiter:

„Der Regierungsbeauftragte für die neuen Bundesländer, Bundesverkehrsminister Wolfgang Tiefensee (SPD), hatte schon Ende Mai eine Begrenzung der Unterkunfts-kosten gefordert und betont, die nahezu unbegrenzte Erstattung der Strom- und Heizkosten lade zu einem ungehemmten Energieverbrauch geradezu ein.“

Sind Hartz-IV-Empfänger etwa über-versorgte Stromverschwender? Wie muss man sich das vorstellen? Lläuft den ganzen Tag das Unterschichtenfernsehen?

Liebe Genossen, wir möchten Euch einmal fragen, ob Ihr für Euch selbst durchkalkuliert habt, von ALG II zu leben und damit auszukommen. Habt Ihr Euch jemals mit einem solchen Verlust des Lebensstandards auseinandergesetzt, wie ihn hunderrtausende auch höher und Hochqualifizierte erleben? Mit einem Leben unterhalb der definierten Armutsgrenze? (1) Aber nein, Hartz IV wird Euch sicher nie treffen, denn Ihr gehört ja zu den so genannten Leistungsträgern. Wie man sieht.

Es ist übrigens mitnichten so, dass Unterkunfts-kosten unbegrenzt gezahlt

Der Ortsverein hat sich von Anfang an gegen die Auswirkungen der Hartz-IV-Gesetze eingesetzt.

Auf dem letzten Parteitag hat er sich erneut für die Rücknahme von Hartz IV und die Umwandlung von Ein-Euro-Jobs in reguläre Arbeitsverhältnisse ausgesprochen und mit anderen Ortsvereinen einen entsprechenden Antrag eingebracht. Hier der Offene Brief im Wortlaut: (M.A.)

werden. Ist die Wohnung zu teuer, erfolgt sogar ein Abschlag.

Der Druck auf Erwerbslose soll immer weiter erhöht werden, damit diese jeden Billigjob annehmen. Von diesen Billigjobs scheint es wohl noch nicht genug zu geben. Und wenn es diese gibt, können die Arbeitnehmer dann davon auch nicht leben und müssen trotzdem staatlich bezuschusst werden. **Gleichzeitig sind diese „Billigjobs“ ohne Tarifvertrag, ohne Recht auf gewerkschaftliche Interessenvertretung.**



17. 10., Düsseldorf: Rentner demonstrieren gegen den Sozialabbau

Eine wirklich „gute“ Idee, wenn doch angeblich die Kosten aus dem Ruder laufen. Darüber hinaus führt dieses Vorgehen zum Verlust weiterer regulärer Arbeitsplätze, in deren Konkurrenz die Billiglöhner stehen, was wieder zum Verlust von Kaufkraft führt, welches anderswo zu Arbeitsplatzabbau führt.

Wir kehren klammheimlich zurück in die späten Weimarer Verhältnisse, in denen das „Arbeitshaus“ die entrechtete politische Antwort auf die Massenarbeitslosigkeit war. Haben wir aus der Geschichte nichts gelernt?

Dieser Teufelskreis ist belegt, und er findet momentan in diesem Land statt. Die Medizin wirkt nicht, und trotzdem wird die Dosis erhöht. (...)

Kurt Beck beklagt öffentlich das Anwachsen einer Unterschicht, welche sich ohne Zukunftschance einrichtet. Wer hat ihnen denn die Hoffnung genommen?

Die rot-grüne Bundesregierung hat die „Agenda 2010“ beschlossen und damit den sozialen Abstieg von Millionen Menschen eingeleitet.

Auch Sozialdemokraten reden Stude-engebühren das Wort, und in Berlin hat eine rot-rote (!) Landesregierung Bücher-geld an Schulen eingeführt. Und die Bundesregierung verbreitet alles andere als Optimismus: Es soll allen noch schlechter gehen. Wundert es da, dass sich viele Menschen aufgeben? Wer trotz guter Qualifikation auch nach über 300 Bewerbungen (trotz mehrfachen Bewerbungstrainings) immer noch keine Arbeit hat, muss doch verzweifeln!

Wer sind diese „Leistungsträger“, die in Zukunft allein Zugriff auf Bildung haben? Diejenigen, welche das Glück haben, in eine wohlhabende Familie geboren zu sein? Das ist die Rückkehr in den Ständestaat, was im Gegensatz zu jeder sozialdemokratischen Tradition steht.

Sozialdemokratie bedeutet für uns nicht, auf denjenigen herumzut trampeln, die schon am Boden liegen. Sozialdemokratie bedeutet: Ein menschenwürdiges Leben für alle zu ermöglichen.

Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität, Menschenwürde, ein Leben ohne ständige Existenzangst, das muss weiterhin Maßstab für uns Sozialdemokraten bleiben.«

ROBERT PASTYRIK (Vorsitzender SPD-Ortsverein Nordweststadt III-Süd im Unterbezirk Frankfurt am Main
E: webmaster@spd-nordweststadt.de)

(1) In Deutschland lag nach der abweichenden Definition der Europäischen Union (60% des mittleren Einkommens) die Armutsgrenze im Jahr 2003 bei einem monatlichen Einkommen von 938,- Euro.

650.000 Tote im Irak ... das Ergebnis der von Bush diktierten „Ordnung“

Jeder 40. Einwohner wurde schon getötet

Gegenwärtig sind 140.000 US-Soldaten im Irak stationiert, dazu 8.000 britische Soldaten und kleinere Kontingente aus anderen Ländern der Koalition. Angeblich sind sie dort, um die „Sicherheit“ zu gewährleisten. Doch tagtäglich berichten die Informationen aus dem Irak von der Verschärfung der Sicherheitslage. „Der Irak im Zeichen von Tod und Angst“, hieß eine Überschrift der britischen Zeitung »The Guardian«. Ein Bericht in einem angesehenen britischen Medizinjournal schätzt die Zahl der Todesopfer durch Krieg und Besatzung (vom März 2003 bis heute) auf 650.000 (s. *nebenstehend*).

Die Besatzung erscheint keineswegs als Bremse, sondern ist vielmehr der Hauptgrund für die Gewalt, weil die Besatzungstruppen eine Politik der Zersplitterung des Irak betreiben. Das unter US-militärischer Aufsicht „gewählte“ Parlament hat gerade ein Föderalismusgesetz verabschiedet. Es ist der erste Schritt zur „Legalisierung“ der Spaltung des Irak entlang ethnischer und religiöser Grenzlinien. Das kann die Situation nur noch verschlimmern.

Die US-Truppen zahlen ihrerseits einen immer teureren Tribut: 40 Tote seit dem 1. Oktober. Seit März 2003 wurden insgesamt 2.750 US-Soldaten getötet.

Wenige Wochen vor den „mid term elections“ (Halbzeitwahlen) in den USA, in denen der Senat und das Repräsentantenhaus teilweise erneuert werden, gab die Bush-Regierung bekannt, dass sie eventuell die Truppenzahl allmählich auf 100.000 reduzieren will. Doch am 11. Oktober erklärte der US-Generalstabschef, dass das jetzige Niveau der Truppenzahl bis 2010 aufrechterhalten werden müsse. General Schoomascher erläuterte diesen Beschluss so: „Ich brauche genug Patronen im Magazin, um so lange schießen zu können wie nötig.“

Das ist eine schreckliche Metapher für die Behandlung eines Landes, in dem schon jeder 40. Einwohner durch Krieg und Besatzung getötet wurde...

Zugleich verschärft sich in den USA selbst die politische Krise. Der US-Imperialismus kann sich nicht aus dem selbstgeschaffenen blutigen Chaos retten.

Eine Untersuchung des britischen Medizinjournal »The Lancet« kommt auf die Zahl von 650.000 Todesopfern durch die Invasion und Besatzung bei einer Bevölkerung von rund 27 Millionen! Das heißt, jeder 40. Iraker kam ums Leben.

650.000 Todesopfer im Irak sind die Folge von Krieg und Besatzung seit März 2003. Die Zahl der Menschen, die durch Gewalt ums Leben kommen, ist nach der Invasion dramatisch gestiegen.

Das bedeutet, dass der „demokratische Wandel“ im Irak, das offizielle Ziel der von der UNO legitimierten militärischen Besatzung, das als Beispiel für die Pläne des US-Imperialismus im Mittleren Osten und in der ganzen Welt gilt, in Wahrheit ein systematisches und barbarisches Vernichtungswerk ist.

Es ist der Mord an einem ganzen Volk, das schon unter zwei Kriegen und den UNO-„Sanktionen“ seit 1991 gelitten hat und durch sie dezimiert wurde. Ein Morden, das täglich weitergeht und für das die Bombardierungen von März-April 2003 der Auftakt waren.

Das britische Medizinjournal »The Lancet«, die diese Zahlen veröffentlichte, genießt weltweit ein hohes Ansehen als seriös und streng wissenschaftlich. Die Zahlen stammen aus einer Untersuchung von Dozenten der John Hopkins Bloomberg School of Public Health, die sie gemeinsam mit irakischen Kollegen durchgeführt haben.

Über 2.000 Haushalte in ganz Irak wurden besucht. 12.801 Personen wurden befragt. Bei jedem Fall wurde das Familienoberhaupt gebeten, die Sterbefälle vor der Invasion – von Januar 2002 bis März 2003 – und danach anzugeben, zusammen mit den Todesursachen und einem Totenschein (der in 92% der untersuchten Fälle überreicht wurde). Außerdem haben vier unabhängige Experten die Zahlen überprüft und bestätigt, dass strenge Statistikmethoden angewendet wurden.

Eine Schlussfolgerung der Studie ist, dass die Sterberate, die im Jahr vor der Invasion 5,5 pro Tausend betrug, auf 13,3 pro Tausend in den letzten Jahren gestiegen ist. Von 2003 bis 2006 gab es rund 650.000 Todesfälle, die sich ohne Krieg und Besatzung nicht ereignet hät-

ten. Die meisten Todesfälle (56%) gehen auf Gewalttaten zurück, und 30% direkt auf Übergriffe der Besatzungsbehörden.

„Die Gewalt wird angefacht durch die Besatzung und unsere ständige Präsenz“, schreibt der Chefredakteur von »The Lancet«, Richard Harton, in seinem einleitenden Editorial. Er fügt hinzu: „Diese Studie bestätigt den Eindruck, dass der Irak in einem blutigen Chaos versinkt.“ Das blutige Chaos stellt auch jeder ehrliche Beobachter fest: „Keine Einschätzung der Opferzahlen vermittelt die konkrete Realität der Auswirkungen von so vielen täglichen Morden, von dieser Routine des Todes“, schreibt ein Reporter der englischen Zeitung »The Guardian«, der auch „die Glaubwürdigkeit der Analyse von The Lancet“ betont.

Der „Wandel des Großraums Mittlerer Osten“ im Sinne des Imperialismus führt schon jetzt zu einer furchtbaren Zunahme der Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschheit.

Korrespondent

Das Eingeständnis des britischen Oberkommandierenden im Irak

Der Oberkommandierende der britischen Truppen, General Richard Dannatt, hat in einem Interview für die britische Zeitung »Daily Mail« am 12. Oktober erklärt: „Die britischen Truppen sollten so schnell wie möglich abgezogen werden (...). Ich sage nicht, dass unsere Präsenz im Irak die Ursache für alle unsere Probleme in der Welt ist, doch diese Präsenz spitzt sie zu (...). Wir befinden uns in einem islamischen Land. Traditionell werden die Fremden hier gastlich empfangen, wenn sie eingeladen sind. Doch wir haben durch unsere Militäroperation 2003 die Tür eingetreten.“